



Geschäftsführung Finanzausschuss

Ansprechpartner/in: Herr Rausch

Telefon: (0221) 221-25939

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Rausch@Stadt-Koeln.de

Datum: 21.08.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses - Beratung Hpl.** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 09.06.2008, 09:00 Uhr bis 11:38 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Martin Börschel SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Manderla CDU

als Vertreterin für Herrn
Dr. Paul

Herr Karl-Jürgen Klipper

CDU

Herr Stephan Pohl

CDU

Herr Götz Bacher

SPD

Herr Peter Kron

SPD

Herr Michael Neubert

SPD

Herr Jörg Frank

Grüne

Herr Andreas Wolter

Grüne

Herr Ulrich Breite

FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Manfred Rouhs pro Köln

als Vertreter für Herrn
Wiener

Herr Claus Ludwig

Die Linke.Köln

Herr Dr. Martin Müser

KBB

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Peter Michael Soénius

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Herr Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing

Schriftführer/in

Herr Michael Rausch

**Presse
Zuschauer**

- I. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgenden Punkt erweitert wird::

nichtöffentlicher Teil

5. **Sparkasse KölnBonn -Gewährung einer stillen Einlage-**
2454/2008

- II. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgender, bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksache in der heutigen Sitzung behandelt wird:

1. **Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009**

- 1.1. Einwendung von Herrn Dr. Bünger gegen den Entwurf der Haushaltssatzung
2008/2009
2430/2008

- III. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009**
 - 1.1 Einwendung von Herrn Dr. Bünger gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2008/2009
2430/2008

- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2007 betreffend Initiierung einer Informationskampagne „Köln baut“
AN/0880/2007
0876/2008

 - 3.2. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln betr. Weiterentwicklung der kommunalen Städtepartnerschaftsarbeit
AN/0122/2008/1

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/0204/2008/1

 - 3.3. Antrag der FDP-Fraktion betr. Betreuung der 10-14 jährigen Kinder und Jugendlichen
AN/0344/2008/1

- 4 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Förderung hoch begabter Kinder und Jugendlicher in Köln
4636/2007

- 5.2 Personal-Toilettenhaus und Schalthaus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/
Markt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung
der beiden Anlagen
1611/2007
 - 5.3 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durch-
führung des Energiedienstes Heizung
0900/2008
 - 5.4 Verlängerung der bei der Gebäudewirtschaft befristet eingerichteten Stelle für die
Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten
0902/2008
 - 5.5 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durch-
führung des Energiedienstes Elektrizität
1017/2008
 - 5.6 Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei der Ge-
bäudewirtschaft
1494/2008
- 6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**
- 6.1 Haushaltsermächtigung 2008
2098/2008
- 7 Bürgerhaushalt 2008**
hier: Umsetzung der Vorschläge
2127/2008

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 09.06.2008**

**8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre
2008/2009**
2436/2008

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grü-
nen zum Haushaltsjahr 2008
AN/1342/2008

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grü-
nen zum Haushaltsjahr 2009
AN/1343/2008

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2008
Bereich Kultur
AN/1344/2008

Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betr. Haushalt 2008/09

9 nicht vergeben

10 nicht vergeben

11 Stellenpläne

11.1 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2008
5286/2007

11.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Jahr 2008
0038/2008

11.3 Stellenplan für die Jahre 2008 / 2009
0056/2008

11.4 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 (Vorlage-Nr. 0056/2008)
1734/2008

11.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2008
0299/2008

11.6 Veränderungsnachweis zur Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2008/2009
1656/2008

12 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009

1.1 Einwendung von Herrn Dr. Bünger gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2008/2009 2430/2008

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Josef Bünger gegen den Entwurf der Haushaltssatzung für die Jahre 2008 und 2009 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2007 betreffend Initiierung einer Informationskampagne „Köln baut“ AN/0880/2007 0876/2008

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion **abgelehnt**

3.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln betr. Weiterentwicklung der kommunalen Städtepartnerschaftsarbeit AN/0122/2008/1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/0204/2008/1

Der Ausschussvorsitzende weist einleitend darauf hin, dass sich die mit diesem Antrag erbetene Entscheidung aus einem Verweisungsbeschluss des Rates vom 29.01.2008 ergebe. Insofern rege er an, dem Rat die vollständige Annahme des Antragstextes zu empfehlen.

Die Ratsmitglieder Klipper und Frank weisen darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich über die finanziellen Auswirkungen entschieden werde und zur Umsetzung des gemeinsamen Antrages noch einige konzeptionelle Aufträge abgearbeitet werden müssen.

Nachfolgend lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag in der vom Rat beschlossenen Fassung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. bis zum 30.09.2008 ein Konzept für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation zu erstellen. Dabei sollen die Ziele und Handlungsfelder, z.B. in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Bildung, Jugend, Soziales und Sport definiert werden, die im Laufe der nächsten 5 Jahre mit der jeweiligen Partnerstadt erreicht werden sollen.

Darüber hinaus sollen Nutzen und Perspektiven von weiteren Instrumenten der internationale Städtekooperationen geprüft werden. Die bestehenden Städtepartnerschaftsvereine sollen entsprechend ihren Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit in die Entwicklung und Umsetzung der Ziele einbezogen werden.

2. die Städtepartnerschaftsarbeit zu optimieren.

Die Arbeit, die maßgeblich von den Vereinen und durch bürgerschaftliches Engagement getragen wird, bedarf deutlich verbesserter Unterstützung. Dies beinhaltet, die Optimierung des Informationsflusses vom Büro für internationale Angelegenheiten an die Partnerschaftsvereine, Verwaltung und Rat und die Bereitstellung technischer und organisatorischer Ressourcen, wie z.B. auch von Sitzungs- und Veranstaltungsräumen im Rathaus.

3. Es soll geprüft werden,

ob eine jährliche Feier bzw. Veranstaltung mit Städtepartnerschaftsvereinen unter Einbeziehung der konsularischen Vertretungen der jeweiligen Staaten mit jeweils relevanter europäischer und internationaler Themensetzung realisiert werden kann.

4. Ratsmitglieder und Städtepartnerschaftsvereine sollen bei der Vorbereitung und Durchführung von Kontakten mit Partnerstädten angemessen eingebunden werden.

5. Auf die bestehenden Städtepartnerschaften der Stadt Köln soll im Rathaus in geeigneter Form öffentlich hingewiesen werden.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob für Repräsentationsangelegenheiten im Rahmen der Städtepartnerschaften und –kooperationen der Entwurf einer eigenen Werbeline sinnvoll ist. Im Anschluss an die Prüfung ist dem Rat eine Empfehlung auszusprechen

7. Neben einer geeigneten Form der Darstellung im Kölner Rathaus soll darüber hinaus bei entsprechenden Veranstaltungen z.B. auf dem Kölner Reisemarkt für die Städtepartnerschaftsvereine geworben werden.

8. Das Büro für internationale Angelegenheiten ist mit Finanzmitteln für Repräsentationszwecke angemessen auszustatten – unabhängig von den Finanz- und Werbemitteln des Protokolls.

9. Die Finanzausstattung der Städtepartnerschaften ist zu verbessern, z.B. durch Zuschussung von Veranstaltungen im Rahmen der Partnerschaften.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**3.3 Antrag der FDP-Fraktion betr. Betreuung der 10-14 jährigen Kinder und Jugendlichen
AN/0344/2008/1**

Ratsmitglied Breite informiert, dass das Anliegen seiner Fraktion in die gemeinsamen Änderungsanträge zur Haushaltssatzung der Stadt Köln eingeflossen sei. Aufgrund dessen ziehe er diesen Antrag zurück.

4 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

**5.1 Förderung hoch begabter Kinder und Jugendlicher in Köln
4636/2007**

Der Ausschussvorsitzende bezieht sich auf die noch folgernden gemeinsamen Änderungsanträge zur Haushaltssatzung, nach denen es keine gesonderten Zusetzungen geben solle. Um sich nochmals mit der Thematik und der Umsetzung des Beschlusses befassen zu können schlage er vor, die Beschlussvorlage bis zur regulären Sitzung des Finanzausschusses am 23. Juni 2008 zu vertagen.

Ratsmitglied Frank schließt sich dem Vorschlag an.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag auf Vertagung der Beschlussfassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**5.2 Personal-Toilettenhaus und Schalthaus der KVB AG an der Haltestelle Köln-Porz/ Markt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 07.11.2006 zur Umsetzung der beiden Anlagen
1611/2007**

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 07.11.2006, das Toilettenhäuschen der KVB und das Elektrohaus in der Straße „An der Sparkasse“ umgehend abzubauen, ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**5.3 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Heizung
0900/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung einer Stelle Techniker/in, bewertet nach VGr. Vc/Vb, Fg. 17/16a BAT (EGr. 8 TVöD) für den Energiedienst Heizung bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2008/2009. Die Stelle wird befristet bis zum 31.12.2011 eingerichtet.

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.4 Verlängerung der bei der Gebäudewirtschaft befristet eingerichteten Stelle für die Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten
0902/2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die ergänzende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die bei der Gebäudewirtschaft bis zum 31.12.2008 befristet eingerichtete Stelle für die Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten, ausge-

wiesen nach VA VerG. Ia BAT, zum Stellenplan 2008/2009 bis zum 31.12.2014 zu verlängern.

Der Befristungsverlängerung wird grundsätzlich zugestimmt. Bis zur Sitzung des Rates wird die Verwaltung jedoch eine präzisierte inhaltliche Begründung der Verlängerung nachreichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.5 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Elektrizität
1017/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung einer Stelle Techniker/in, bewertet nach VGr. Vc/Vb, Fg. 17/16a BAT (EGr. 8 TVöD) für den Energiedienst Elektrizität bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2008/2009. Die Stelle wird befristet bis zum 31.12.2011 eingerichtet.

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.6 Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei der Gebäudewirtschaft
1494/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2008/2009 die Einrichtung einer Stelle TA, bewertet nach VGr. Vb/IVb/IVa Fg. 1/1/1c +TZ BAT (EGr. 10 TVöD), bei der Gebäudewirtschaft (GW).

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

**6.1 Haushaltsermächtigung 2008
2098/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, die in den jeweiligen Teilplänen des Hpl. Entwurfes 2008/2009 vorgesehenen Mittel zur Förderung von Projekten von Trägern der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit und zur Förderung von Projekten der Sportvereine bis zum 30.09.2008 in Höhe von insgesamt 75% zu verausgaben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**7 Bürgerhaushalt 2008
hier: Umsetzung der Vorschläge
2127/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis
90/Die Grünen vom 09.06.2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den zusätzlich als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Vor einer Aussprache über diesen Antrag gelte es festzustellen, dass dieses erstmalig für eine Millionenstadt durchgeführte Verfahren zum Bürgerhaushalt als ein außerordentlich großer Erfolg zu bewerten sei. Dieser Erfolg sei vor allem darauf zurückzuführen, dass sich mit rund 10.000 Teilnehmern und etwa 5000 Vorschlägen eine viel größere Anzahl Menschen als erwartet beteiligt habe. Die Resonanz für dieses Angebot der Bürgerbeteiligung könne sich durchaus sehen lassen.

Nicht zuletzt der UN-Award für „Public Service“ zeige, dass dieses Projekt nicht nur überregionale sondern internationale Beachtung gefunden habe. Es erfülle ihn mit einem gewissen Stolz, dass die Stadt Köln hier eine Vorreiterstellung einnehme und die Bereitschaft zeige, sich auf neue Formen der Bürgerbeteiligung einzulassen. Insofern sei es richtig, die bisherigen Erfahrungen mit professioneller Begleitung auszuwerten und das Projekt fortzusetzen. Er beendet diese allgemeinen Anmerkungen mit einem Dank an alle an diesem Projekt beteiligten Personen und Gremien. Dies gelte insbesondere für die Mitarbeiter der Kämmerei, des Bürgerservices und der Onlinedienste einschließlich der Medien, welche auf verschiedenste Art und Weise dafür gesorgt hätte, dass die Öffentlichkeit von dem Projekt erfahren habe und davon partizipieren könne.

Der nunmehr vorliegende gemeinsame Änderungsvorschlag stelle in der Summe darauf ab, was die Verwaltung bereits in dem Veränderungsnachweis 2 niedergelegt habe. Somit gebe es keine Reduzierung oder Ausweitung des Bürgerhaushaltes. Mit diesem Antrag solle die Zusammenfassung der veranschlagten Mittel zu Maßnahmenprogrammen (Cluster) erfolgen und damit eine Umsetzung des Bürgerhaushaltes in den drei Schwerpunktbereichen ermöglichen. Bereits heute stehe fest, dass die erste Stufe des Verfahrens nicht mit den Beschlüssen zum Haushalt beendet sei. Entscheidend sei vielmehr die Umsetzung der Vorschläge, wobei diese Ergebnisse – und damit der Erfolg des Bürgerhaushaltes – zu einem Teil erst nach einem längeren Zeitablauf feststellbar seien.

Ratsmitglied Klipper schließt sich diesen Ausführungen an. Dieser Bürgerhaushalt begründe auch den sinnvollen Beschluss zu einem Doppelhaushalt. So habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass für die Umsetzung der Ergebnisse mehr Zeit erforderlich sei. Die Jahre 2007 und 2008 könnten somit als Einheit angesehen werden, wobei durch eine Clusterbildung die Reihenfolge der Ausführung durch die Fachausschüsse festgelegt werden könne. Die hieraus resultierenden Erfahrungen sollten dazu genutzt werden, um den nächsten Teil des Verfahrens zum Bürgerhaushalt evtl. zu optimieren und die Beteiligung der Bürger auszuweiten.

Für Ratsmitglied Frank zeigt die Auswertung der Vorschläge zum Bürgerhaushalt einen deutlichen Trend zu einer Verbesserung insbesondere im Bereich Straßen, Wege und Plätze. Mit der nunmehr vorgeschlagenen Bündelung zu Maßnahmenprogrammen, bestehe die Möglichkeit einer Feinsteuerung und letztlich auch einer Rechenschaftslegung. Ein abschließender Bericht solle noch vor Beginn eines neuen Verfahrens im Anschluss an die Kommunalwahlen 2009 vorliegen. In diesem Verfahren gelte es nicht einfach nur die Ausgaben zu erhöhen, sondern vermehrt das Bewusstsein der Bürger für sparsames und effizientes Wirtschaften zu stärken.

Ratsmitglied Breite bedauert, dass dieses Verfahren für das Jahr 2009 nicht stattfindet. Der jetzige Änderungsantrag führe zu einer Abkehr von den Vorschlägen der Bürger, hin zu einer erneuten Bewertung und Beschlussfassung durch die politischen Gremien. Daher werde seine Fraktion an den ursprünglichen Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger festhalten und diesen Antrag ablehnen.

Der Ausschussvorsitzende stellt nochmals heraus, dass es sich bei dem Änderungsantrag nur um Ergänzungsvorschläge zu der Verwaltungsvorlage handelt, in denen bestimmte Summen und Maßnahmen in Bündel zusammengeführt werden sollen. Zunächst ruft der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf und lässt über diesen abstimmen:

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der FDP-Fraktion den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008“.

Anmerkung:

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über die so ergänzte Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat nimmt **unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen**, die in der Anlage enthaltenen jeweils 100 bestbewerteten Vorschläge der Themenbereich „Straßen, Wege, Plätze“, „Grünflächen“ und „Sport“ aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einschl. der Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Voten der Bezirksvertretungen und der Fachausschüsse zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung – über die bereits im Veränderungsnachweis Bürgerhaushalt enthaltenen Maßnahmen hinaus – mit der Umsetzung der Vorschläge, die seitens der Fachausschüsse befürwortet wurden.

Sofern die finanziellen Auswirkungen zur Umsetzung einzelner Vorschläge ermittelt werden müssen, ist sicherzustellen, dass eine Veranschlagung der Maßnahmen spätestens im Haushaltsplan 2010 erfolgen kann.

Sofern die Umsetzung von Vorschlägen aus bereits veranschlagten Haushaltsmitteln vorgesehen ist, ist sicherzustellen, dass eine zeitnahe Durchführung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

- 8** **Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009**
2436/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2008
AN/1342/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2009
AN/1343/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2008
Bereich Kultur
AN/1344/2008
Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betr. Haushalt 2008/09

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Aussprache über den Entwurf der Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009. Ergänzend zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gebe es insgesamt fünf Änderungsanträge und zwar einen der Fraktion Die Linke.Köln, drei konkret teilplanbezogene Anträge der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einem Änderungsantrag dieser Fraktionen zum Thema Tarifierhöhung bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege etc. Außerdem gebe es eine Anlage mit weiteren Beschlussvorschlägen der Verwaltung zum Haushaltsverfahren.

Vor Eintritt in die Beratungen über die Haushaltssatzung weist Stadtkämmerer Soénius die Mitglieder des Finanzausschusses darauf hin, dass die Wirksamkeit der Beschlussfassungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 19.05.2008 Gegenstand eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens sind. Zu diesen gehöre unter anderem der Beschluss über die Haushaltssatzung gem. § 37 Abs. 3 und 4 GO NRW.

Daher schlage die Verwaltung dem Finanzausschuss vor, die Vorlage wie folgt zu ergänzen: "Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Ablehnung des Eilantrages durch das VG Köln - Az. 4 L 810/08. Sofern das Verwaltungsgericht dem Eilantrag stattgeben sollte, erfolgt die Beschlussfassung vorbehaltlich der erneuten Beteiligung und inhaltsgleichen Beschlussfassung der Bezirksvertretung Ehrenfeld."

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass inzwischen auch die Beschlussempfehlungen des Jugendhilfeausschusses als Tischvorlage übermittelt wurden.

Nachfolgend eröffnet er die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und macht - entsprechend den üblichen Gepflogenheiten – zunächst einige allgemeine Anmerkungen. Bezüglich der Ausgangslage verdeutlicht der Ausschussvorsitzende, dass nach dem Ergebnis des vom Kämmerer vorgelegten Haushaltsplanentwurfes und aller Veränderungsnachweise für das Jahr 2008 ein Überschuss in Höhe von rd. 15,5 Mio. Euro erwartet werden könne. Demgegenüber sei für 2009 ein Defizit in Höhe von rd. 87,2 Mio. Euro ausgewiesen. Dies bedeute, dass sich die in den letzten Jahren aufgehellten Erwartungen an eine Verbesserung der finanziellen Situation wieder eingetrübt haben. Hier wäre die Verwaltung gut beraten, sich wieder verstärkt dem Ziel eines auch in 2009 ausgeglichenen Haushaltes zuzuwenden. Allerdings habe sich die Lage auch durch Dritteinflüsse und zusätzliche Maßnahmen zu Lasten der Stadt Köln erheblich verändert. So seien in diesem Gremium mehrfach die durch das Land NRW bedingten zusätzlichen Belastungen, beispielsweise durch das Kinderbildungsgesetz, die Änderungen bei den Elternbeiträgen, der Verteilung der Einheitslasten oder die Übertragung der Versorgungsämter thematisiert worden. Allein die Kürzungen von Landesmitteln summierten sich auf einen Betrag von etwa. 100 Mio. Euro pro Jahr und führten zu einer zusätzlichen Belastung der Haushaltsplanberatungen. Darüber hinaus stelle sich die Entwicklung bei den Gewerbesteuererinnahmen nicht so positiv dar, wie ursprünglich erwartet. Hier wirke sich neben der leichten konjunkturellen Eintrübung auch die Unternehmenssteuerreform des Bundes aus. Nun müssten alle darauf hoffen, dass durch die Reform auch die angekündigte Aufwärtsbewegung eintreten werde. Für seinen Teil hege er eine gewisse Skepsis an einer derartigen Erholung in den Jahren ab 2011 ff. Vor diesen Hintergründen sei es angesichts der politischen Lage in Köln und den stark differenzierten Mehrheitsverhältnissen im Rat von erheblicher Bedeutung, dass sich nunmehr ein Bündnis der Fraktionen aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für diesen Haushalt gefunden habe, welches der Stadt Köln bis in das Jahr 2009 und damit über die Kommunalwahl hinaus die notwendige Planungssicherheit und Stabilität gebe. Die Bedeutung einer derartigen Übereinkunft sei keineswegs alltäglich und sollte daher in Zeiten des nahenden Kommunalwahlkampfes nicht unterschätzt werden. Bedauerlich sei, dass sich die FDP-Fraktion ihrer Verantwortung in diesem Verfahren und dem schwierigen Haushaltsprozess entzogen habe.

Nachfolgend leitet der Ausschussvorsitzende auf den inhaltlichen Teil über und weist darauf hin, dass mit den drei gemeinsamen Änderungsanträgen der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Entwurf der Haushaltssatzung zwei wesentliche Schwerpunkte verfolgt werden. So sollen diese zu einem vorläufigen Abschluss der Korrekturen alter Fehlentscheidungen (z. B. bei den Schwimmgebühren von Kindern und Jugendlichen, der Wiederaufstockung der Hallenwarte auf ein höheres Niveau, den Sportstättenunterhaltungsbeihilfen) und einer Verbesserung des Bürgerservices führen. Nunmehr werde anders als in der Zeit vor dem Jahre 2004 wieder ein eindeutiges Bekenntnis darauf gelegt, dass die Stadt Köln mit ihren diversen Einrichtungen und ihrem Service auch wieder dezentral in den Bezirken tätig werde. Diese Optimierung der Dienstleistungen vor Ort diene erkennbar einer Korrektur von Fehlentwicklungen aus der letzten Wahlperiode im Sinne einer serviceorientierten Bürgergesellschaft. Ein weiterer Schwerpunkt betreffe den Bereich der Investitionen. Hier sei beabsichtigt, insbesondere eine Verbesserung der familienfreundlichen Strukturen und der kommunalen Infrastruktur zu erreichen. Hier gelte es das Sozialraumkonzept auszubauen, die Schulsozialarbeit deutlich zu verstärken oder den Einstieg in Ganztagesangebote an weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Ein Engagement der Stadt Köln in diesem Bereich mache deutlich, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung auch als eine Investition in die Bildung von Kindern und Jugendlichen anzusehen sei. Ferner solle die Qualität und Betreuung der offenen Ganztagsgrundschulen verbessert werden. Weiterhin solle – trotz unterschiedlicher politischer Bewertungen - eine Beitragsreduzierung für das dritte Kindergartenjahr geschaffen werden. Nach intensiver Diskussion sei Einigkeit darüber erzielt worden, dass ein frühest möglicher Einstieg in die Förderung von Kindern ein Gebot an sich darstelle und die Frage von Beitragsentlastungen oder –freiheit eine Aufgabe des Landes NRW ist.

Inzwischen sei auch seitens des Landes NRW Bewegung in der Angelegenheit zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund habe man sich auf ein Anreizmodell für Köln verständigt, welches gleichzeitig einen Einstieg in eine avisierte Landesfreistellung geben solle. Auch sei dies ein Bekenntnis zur gesamten Bildungskette, frühzeitig beginnend bei den Kindertagesstätten. Darüber hinaus werde ein Investitionsprogramm zugunsten von Arbeit, Wirtschaft und Infrastruktur aufgelegt. Hier habe man sich ausdrücklich dafür entschieden, die von der Verwaltung veranschlagten Haushaltsmittel für die Unterhaltung von Straßen nicht zu reduzieren. Mit dieser Entscheidung würden aber zwei klare Erwartungen an die Verwaltung verknüpft. So erwarte der Finanzausschuss, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch tatsächlich verausgabt werden und dass diese nicht ausschließlich für die Unterhaltung von Straßen sondern auch für die Instandsetzung von Fahrradwegen und Plätzen Verwendung finden. In diesem Haushalt werde für 2009 eine Investition für den Bestand der Gebäudewirtschaft über 10 Mio. Euro für die Sanierung von maroden Bauten zusätzlich bereitgestellt. Diese Mittel sollten insbesondere für die öffentlich zugänglichen Einrichtungen (z.B. Schulen) verwandt werden. Auch hier ergehe die Forderung an die Gebäudewirtschaft nach einer Veranschlagung dieser Mittel um den Einwohnern zu verdeutlichen, dass diese Mittel gut und sinnvoll investiert werden. Einen weiteren Punkt für Investitionen stelle die Einrichtung eines Projektes für Restaurierung/Sanierung von nicht im Privateigentum befindlichen denkmalgeschützten Bauwerken dar. Hierfür werde ein Betrag in Höhe von 3,5 Mio. Euro zusätzlich mit der Maßgabe bereitgestellt, dass die Sanierungsarbeiten im Wesentlichen durch Beschäftigungsförderungsinitiativen übernommen werden. Damit würden zusätzliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen.

Einen letzten Schwerpunkt stelle die weitere Stärkung des Wirtschaftsstandortes Köln in einem härter werdenden regionalen und internationalen Wettbewerb dar. Hier sei man der Auffassung, dass die Stärken und Möglichkeiten der Stadt Köln nur durch ein verbessertes Standortmarketing entscheidend herausgestellt werden können. Daher würden diese Mittel als klares Bekenntnis zu diesem Wirtschaftsstandort nochmals deutlich aufgestockt.

Abschließend weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass sich der dritte Änderungsantrag auf den Bereich der Kultur bezieht. Dieser ersetze die von der Kulturverwaltung in den Haushalt eingestellten „Globalerhöhungen“. Hiermit sei das Bekenntnis verbunden, wonach es trotz eines Haushaltsausgleichs in 2008 und eines noch vorhandenen Defizits in 2009 zu einer weiteren Stärkung des Kulturbereiches und einer endgültigen Abkehr der bisherigen Situation gekommen ist. Dies sollte für alle Beteiligten Anlass sein, nunmehr den Blick nach vorne auf den Aufbau und den Ausbau des Kulturstandortes Köln zu richten und sich dafür vollständig einzusetzen.

Im Ergebnis bleibe für ihn festzustellen, dass durch dieses Haushaltsbündnis erneut die Planungssicherheit, Handlungsfähigkeit und Solidität bekundet werde. Die wesentlichsten Umschichtungen würden im investiven Bereich vorgenommen, welche im wesentlichen Bilanzneutral seien. Demgegenüber seien die rein konsumtiven Themenbereiche äußerst zurückhaltend betrachtet worden. Dies zeige, dass die Aufstellung des Haushaltes mit dem entsprechenden Augenmaß erfolgt sei.

Ratsmitglied Klipper knüpft an die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden an und betont, dass das neue kommunale Finanzmanagement andere Möglichkeiten zur Aufstellung des Haushaltes eröffne. Jetzt werde eindeutig dargelegt, welche Maßnahmen als neue Investitionen anzusehen seien und wie die Abschreibungen vorzunehmen seien. Ähnlich wie in der freien Wirtschaft gebe es jetzt eine doppelte Buchführung und eine verbesserte Darstellung von Investitionen und konsumtiven Maßnahmen.

Bezüglich der allgemeinen Rahmenbedingungen stellt er fest, dass die Kürzung der Landesmittel auch zu einem Umdenken bei den Kommunen geführt habe. Ein Beispiel hierfür sei der Schul- und Kindergartenbereich. Daher lege auch die CDU-Fraktion einen besonderen Wert auf Maßnahmen im Bildungs- und Familienbereich. Erfreulich sei, dass hierin auch eine Übereinstimmung mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bestehe. So werde der Ergebnisplan für das Jahr 2009 im Bereich Jugend, Schule etc. um rd. 8,0 Mio. Euro aufgestockt. Hinzukomme, dass in diesem Haushalt auch alle Initiativen des Oberbür-

germeisters wie etwa die Qualitätsoffensive OGTS oder die Aufstockung von Maßnahmen gegen die Jugendkriminalität berücksichtigt wurden. Bezüglich der Investitionen in die Straßenunterhaltung schließe er sich der Erwartung des Vorredners bezüglich einer umfassenden Mittelverwendung an. Der nunmehr zur Beschlussfassung anstehende Doppelhaushalt führe zu einem längeren Planungszeitraum und zu Vorteilen in der zeitlichen Abwicklung von Maßnahmen. Neben den bisher angesprochenen Bereichen, liege ein weiterer Schwerpunkt im Kulturbereich. Die Mittel hierfür sollten in 2009 nochmals um 5,5 Mio. Euro erhöht werden. Im Ergebnis führe dies dazu, dass der Kulturretat um 12,5 Mio. Euro höher ausfalle als im Jahr 2007. Vor diesem Hintergrund erwarte er von der Verwaltung, dass sich diese Steigerung auch auf das äußere Erscheinungsbild der Kultur auswirke.

Nicht unerwähnt bleiben dürfe das für die örtliche Wirtschaft wichtige Signal eines nunmehr 20-jährigen Verzichtes auf Gewerbesteuererhöhungen. Trotz zwischenzeitlicher Mindereinnahmen sei dies ein eindeutiges Signal für den Wirtschaftsstandort Köln. Zudem sei positiv zu vermerken, dass sich die Investitionen in das Wirtschaftsmarketing, die Neugestaltung des Rheinauhafens und der rechtsrheinischen Gewerbeflächen, der Verlagerung von RTL sowie die Neubauten der Koelnmesse inzwischen deutlich auf Beschäftigung, Umsätze und Steuereinnahmen auswirken. Zudem sei Köln im Ranking der Metropolen aufgestiegen. Im Ergebnis sei seine Fraktion der Ansicht, dass dieser Weg fortgesetzt werden müsse.

Unterschiedliche Interpretationen müsse er allerdings im Bereich der Kindergartenbetreuung eingestehen. Hier sei die CDU-Fraktion der Ansicht, dass die Kindergärten als allgemeine Bildungseinrichtung akzeptiert werden und die Eltern von den Kosten für diese Einrichtungen freigestellt werden müssen. Um diesem sozialen Zweck Rechnung zu tragen, sei es erforderlich ein Modell vorzuschlagen, welches die frühzeitige Aufnahme von Kindern in die Einrichtungen fördere und als ein erster Einstieg in die Beitragsfreiheit der Eltern zu werten sei. Aus diesem Grund habe man sich bewusst für eine frühzeitigere Bildung der Kinder und damit eine Förderung im dritten Kindergartenjahr entschieden. Da dieses Ziel für seine Fraktion eine sehr hohe Priorität habe, gehe man vor einer diesbezüglichen Entscheidung des Landes NRW in Vorleistung. Zudem stelle die Ersparnis von Betreuungskosten einen weiteren großen Standortvorteil für die Stadt Köln dar.

Außerdem sei für ihn von wesentlicher Bedeutung, dass das Programm zur Instandhaltung von Schulen fortgeführt werde, da dies eine Investition in das Vermögen der Stadt darstelle. Ebenso bestehe Übereinstimmung, dass die Sportplätze und -stätten einer Sanierung bzw. Modernisierung unterzogen werden müssen.

Rückwirkend betrachtet seien die Verhandlungen zu dem nun vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht einfach gewesen. Da diese aber von dem gemeinsamen Willen getragen wurden, die Interessen der Stadt Köln in den Vordergrund zu stellen, könne nun ein vernünftiges Ergebnis präsentiert werden.

In seinen Anmerkungen zur Haushaltssatzung geht Ratsmitglied Frank ebenfalls auf die Verhandlungen mit den beteiligten Fraktionen ein, in denen man sich trotz erschwelter Bedingungen der Verantwortung unterworfen habe, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzubereiten.

Dieser stehe unter mehreren ungewöhnlichen Voraussetzungen. Als Erstes müsse hier der Bürgerhaushalt erwähnt werden, welcher jetzt ein Bestandteil des Haushaltsplanes sei. Die zweite Neuerung stelle die Einführung des NKF dar, wonach die Informationen und die Transparenz für den Rat und die Bürger erhöht werden sollen. Diese Ziele habe der Haushalt der Stadt Köln noch nicht erreicht. Seine Fraktion werde zukünftig verstärkt darauf drängen, die Informationslage hinter der hohen Verdichtung von Ergebnisplänen aufzulösen. Hierfür schaffe der nunmehr vorliegende Doppelhaushalt einen größeren Zeitrahmen. Zudem ergebe sich eine größere Planungssicherheit während der Endphase dieser Wahlperiode für alle Bürgerinnen und Bürger, alle Akteure im kommunalen Sektor sowie die örtliche Wirtschaft und die Beschäftigten in der Verwaltung.

Dies sei ein erheblicher Vorteil für Köln, welcher ohne eine Einigung des ungewöhnlichen Bündnisses der drei handelnden Fraktionen nicht zustande gekommen wäre. Unter diesen Bedingungen seien auch die nun vorliegenden Änderungsanträge vereinbart worden. Diese enthielten allerdings keine spektakulären Veränderungen, sondern vernünftige Vorschläge,

wie Defizite aus der Haushaltssicherung der Vorjahre ausgeglichen werden können. Gleichzeitig müsse er nochmals darauf hinweisen, dass die Einführung des NKF zu keiner Vermehrung der Geldmittel führe. Diese teilweise geäußerte Auffassung stimme nicht mit der finanziellen Lage der Stadt Köln überein. Ein Blick auf die Erläuterungen zum Veränderungsnachweis IV mache deutlich, dass für die Jahre 2009 ff. ein Defizit ausgewiesen werde. Zudem gebe es erste Schätzungen über die Auswirkungen rückläufiger Steuereinnahmen. Insgesamt erfordere die Situation eine vorausschauende Haushaltsplanung.

Unter Bezugnahme auf entsprechende Ausführungen des Stadtkämmerers ist Ratsmitglied Frank der Auffassung, dass die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und deren Reduzierung kein Instrument für einen dauerhaften Haushaltsausgleich sein könne. Vor diesem Hintergrund müssten die Konsolidierungsbemühungen fortgesetzt werden. Dies gelte beispielsweise für den Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Jahres 2009, in dem laut Vorgabe des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen nochmals jeder Stellenbedarf überprüft werden solle.

Darüber hinaus werde die finanzielle Situation in 2008 erneut durch eine deutlich erhöhte Ausschüttung seitens des Stadtwerke-Konzerns positiv beeinflusst. Sofern die gute Ertragslage des Konzerns auch weiterhin bestehen bleibe, eröffne dies auch Optionen für die Zukunft. .

Nicht unerwähnt bleiben dürfe, dass die kulturpolitischen Sprecher sehr verantwortungsvoll mit den Mittelzusetzungen in diesem Bereich umgegangen sind und eigene Konsolidierungsbeiträge für 2009 unterbreitet haben. Unter dem Strich könnten sich die Zusetzungen durchaus sehen lassen. Hierdurch werde im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine andere Basis geschaffen. Insbesondere freue er sich über Fortschritte bei der kulturellen Bildung sowie die Verbesserung der Öffnungszeiten bei den Museen und Bibliotheken. Auch dies sei ein Beitrag für die Bürger und den Standort Köln.

Der eindeutige Schwerpunkt dieses Haushaltes liege allerdings im Jugend- und Schulsektor. Sowohl im Hinblick auf investive wie auch auf konsumtive Maßnahmen sei es gerechtfertigt, die vielfältigen Vorschläge aller Fraktionen für diesen Bereich zu bündeln und als Schwerpunkt auszuweisen. Ähnliches gelte für die Veranschlagung besonderer Beschäftigungsförderungsmaßnahmen. Dies entlaste die Ausgaben im Sozialetat. Ferner habe seine Fraktion neben den Ansätzen des Bürgerhaushaltes deutlichen Wert auf eine verbesserte Ausstattung des Bereiches Umwelt und Grün gelegt, des Radwegeprogramms und der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten gelegt. Ferner seien auch bei der Frage des Standortmarketings die finanziellen Möglichkeiten für eine verbesserte werbliche Darstellung der Stadt geschaffen worden.

Abschließend geht Ratsmitglied Frank noch auf den Antrag bezüglich der freien Träger ein. Hinsichtlich des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst vermisse er eine zahlenmäßige Darstellung der Verwaltung über dessen Auswirkungen. Da dies ein drängendes Problem darstelle, müsse noch im Zuge der Haushaltsplanberatungen über einen entsprechenden Mitteleinsatz entschieden werden..

Ratsmitglied Breite zeigt sich verwundert über die fehlenden Deckungsvorschläge im Zusammenhang mit den vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Hierzu müsse er feststellen, dass damit das Defizit im Jahr 2009 erhöht werde. Dies habe man bei dem letzten Haushalt, welcher zusammen mit seiner Fraktion beschlossen wurde, besser hinbekommen. Die Kritik seiner Fraktion richte sich bereits gegen die Form der Einbringung dieses Doppelhaushaltes. So sei im Vergleich mit dem Jahr 2004 in 2008 bei den Steuereinnahmen eine Einnahmeverbesserung in Höhe von rd. 492 Mio. Euro zu verzeichnen. Nach seinen Berechnungen blieben im Saldo für 2008 rd. 15,5 Mio. ohne die jetzigen Änderungsanträge übrig. In diesem Betrag seien auch noch außerordentliche Erträge enthalten. Ohne Berücksichtigung dieses Postens ergebe sich ein Defizit von etwa 9,5 Mio. Euro. Das neuerliche Defizit im Jahr 2009 habe der Ausschussvorsitzende zu Recht kritisiert. Dies sei im Wesentlichen auf eine drastische Verschlechterung auf der Ausgabenseite zurückzuführen, für die keine Einsparpotentiale aufgezeigt werden. Nach seiner Auffassung müsse gerade in Zeiten einer Einnahmensteigerung der Haushaltsausgleich durch die Verwaltung herbeigeführt werden. Sofern dies jetzt nicht gelinge, führe dies

bei rückläufigen Einnahmen zu zusätzlichen Problemen bei künftigen Haushalten. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen hinaus sei es seiner Fraktion nicht möglich, diesem Haushalt zuzustimmen.

Ratsmitglied Ludwig weist darauf hin, dass dieser Haushalt nach Auffassung seiner Fraktion mit erheblichen Risiken belastet ist. Die Ausrichtung dieses Haushaltes ziele in erster Linie auf die Interessen der Wirtschaft und der Investoren. Die Nichterhöhung der Gewerbesteuer stelle ein Problem dar, da es die notwendig sei, den Besitz oder die höheren Einkommen stärker zu besteuern und damit zur Finanzierung der kommunalen Ausgaben heranzuziehen. Der Blick in die Zukunft mache deutlich, dass Risiken hinsichtlich der Finanzierung von Sozialleistungen, weiterer Kürzungen von Bundes- und Landesmitteln und der Folgekosten überflüssiger Großprojekte bestehen. Dies stelle eine grundlegend falsche Prioritätensetzung dar. Der kommunale Haushalt solle vielmehr für die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, die Senkung von Sozialkosten und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Stadt verwendet werden. Die nun stattfindende Diskussion über vorgesehenen Stellenzusetzungen in der Verwaltung mache deutlich, was in den letzten Jahren auf Kosten des Bürgerservices und der Qualität eingespart wurde. Insofern sei die Zusetzung von Stellen im öffentlichen Sektor ein richtiger Schritt. In ihrem Änderungsantrag zu diesem Haushalt schlage seine Fraktion eine Erhöhung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer um 30 Punkte vor, um daraus Mehreinnahmen zu realisieren. Hintergrund dieses Antrages sei das Anliegen nach einer Stabilisierung der Einnahmen und nach Mehrausgaben für die Bereiche freier und sozialer Initiativen, Kulturförderung und einer Serviceverbesserung bei der Jugendarbeit. Vor diesem Hintergrund begrüße er auch die Maßnahme zum Einstieg in die Beitragsreduzierung bei der Kindergartenbetreuung.

Den nun vorliegenden Haushalt werte er angesichts der anstehenden Kommunalwahl als einen Übergangshaushalt. Insgesamt hege er aber hinsichtlich der weiteren künftigen Entwicklung einige Ängste und Befürchtungen. Nach seiner Einschätzung müsse die zukünftige finanzielle Ausstattung der Kommunen grundlegend geändert werden, des Weiteren müssten die Kommunen selbst tätig werden und eine Abkehr von Großprojekten und der indirekten Wirtschaftsförderung zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor erreichen. Seine Fraktion werde insoweit dem Haushalt nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Müser bemängelt, dass die Vereinbarungen der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit weiteren Mehrausgaben zu Lasten des städtischen Haushaltes einhergehen. Bezüglich der Bewertung dieses nun zu beschließenden Doppelhaushaltes müsse er auf einige Themen eingehen. Hier müsse zunächst der Bürgerhaushalt angesprochen werden, dessen Stärke darin bestehe, dass konkrete Eingaben der Bürgerschaft erfolgen. Die Schwäche liege in der mangelnden Chance für diese Vorschläge, in die Liste der TOP 100 aufgenommen zu werden. Wenn in der Folge die daraus resultierenden Mittelbereitstellungen noch auf Schwerpunkte verteilt würden, lasse sich die Berücksichtigung von einzelnen Eingaben durch den Bürger nicht mehr nachvollziehen.

Hier sollte nach seiner Auffassung der sinnvolle Ansatz zur Bürgerbeteiligung auch durchgehalten werden. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden nach der mit diesem Haushalt auch eine Reparatur von Fehlentscheidungen verbunden sei, halte er diesen für ein Zeichen mangelnder Kontinuität. Ein Teil dieser Entscheidungen, z.B. die Zentralisierung des Bürgerservices, sei immerhin bedingt durch den großen Druck nach Kosteneinsparungen erfolgt. Ob die jetzt angestrebte Vorgehensweise auch noch bei einer konjunkturellen Verschlechterung eine dauerhafte Lösung darstelle, bleibe daher abzuwarten. Da diese Risiken, etwa bei der Steigerung der Energie- und Rohstoffkosten, bereits erkennbar seien, sollte sich die Stadt Köln auf eine zunehmende Belastung der Ausgabenseite einstellen. Bezüglich der zusätzlichen Investitionen in den Substanzerhalt dürften diese nicht als ein besonderes Qualitätsmerkmal bezeichnet werden. Der Bürger sehe es als Normalfall an, dass die vorhandene Substanz erhalten werde. Im Ergebnis müsse er feststellen, dass die große Schwäche dieses Haushaltes nicht beseitigt wurde. Diese liege in einem fehlenden Beitrag für den Abbau der Verschuldung und dies in einem Jahr mit einer guten Einnahmesituation. Köln bleibe daher nach wie vor die am höchsten verschuldete Stadt in NRW. Hier sei

eine große Chance vertan worden.

Da seine Fraktion ein großes Interesse an einer Forcierung des Schuldenabbaus habe, könne sie diesen Haushalt nicht mittragen.

Ratsmitglied Rouhs führt aus, dass die Fraktion Pro Köln für den Haushalt der Stadt Köln in finanzpolitischer Hinsicht abweichende Vorstellungen habe. Aufgrund dieser Gegebenheiten verzichte er heute auf entsprechende Anmerkungen. Die politische Diskussion hierüber werde vielmehr ausführlich in der Sitzung des Rates erfolgen. Abschließend richtet er noch eine Kritik an die Verwaltung, welche die Umstellung auf NKF genutzt habe um ihre eigene Position besser darzustellen, obwohl sich die objektive wirtschaftliche Lage der Stadt Köln durch die Umstellung des Rechnungswesens nicht verändert habe. Der nun vorgelegte komfortable Stellenplan führe aus Sicht der kommenden Jahre zu absehbaren Verschlechterungen, weil nicht erkennbar sei, wie die hieraus resultierenden Mehrausgaben auf Dauer finanziert werden sollen. Hierdurch komme es zu einem Substanzverzehr. Er bedauere die Umstände die diesem Haushalt zugrunde liegen und die nur wenig genutzten Handlungsspielräume. Daher sei zu befürchten, dass mit diesem die Basis für einen weiteren künftigen Nothaushalt gelegt werde. Vielmehr müsse diese Stadt konsequent sparen, da die Einnahmen nicht beliebig erhöht werden können. Im Ergebnis bleibe dieser Haushaltsplan weit hinter dem Spektrum der Möglichkeiten zurück, welches der Verwaltung und der kommunalpolitischen Spitze eingeräumt werde.

Der Ausschussvorsitzende zeigt sich verwundert über den Redebeitrag von Ratsmitglied Breite,

welcher den Abschied der FDP-Fraktion aus der politischen Verantwortung dokumentiere. Es erscheine ihm sinnvoller mit konstruktiven Vorschlägen aktiv an der Gestaltung des Haushaltes mitzuwirken, als nur kritische Anmerkungen zu unterbreiten.

Im Übrigen sei es so, dass jede der an diesem Haushalt beteiligten Fraktionen ihre Hausaufgaben zu erledigen habe. Ebenso gelte dies für die Verwaltung. Wenn diese einen Haushalt mit einer Deckungslücke von 87,2 Mio. Euro einbringe, müsse sie dafür Sorge tragen, dass diese geschlossen werde. Die für 2009 im Raume stehenden zusätzlichen Aufwendungen von 14,5 Mio. Euro stellen eine durchaus maßvolle Steigerung dar und gebe keinen Anlass, von einer Übertreibung zu sprechen. Der hierfür erforderliche Mehrbedarf solle überwiegend durch drei Ansätze gedeckt werden. Dies geschehe zum Teil durch eine globale Minderausgabe, da man der Auffassung sei, dass es in diesem Haushalt viele mehr auskömmlich dotierte Ansätze gebe, von denen einige im unterjährigen Vollzug nicht ausgeschöpft werden. Eine weitere Deckungsmöglichkeit biete der Stellenplan, welcher für das Jahr 2009 einer nochmaligen Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit der beantragten Stellenzusetzungen unterzogen werde. Für die investiven Maßnahmen gelte, dass möglicherweise eine Refinanzierung bei den Konzerngesellschaften gefunden werden könne.

Ratsmitglied Klipper verweist auf die deutliche Reduzierung von Kassenkrediten in 2008. Dies bedeute einen Schuldenabbau. Zudem seien Schulden in Höhe von ca. 60 Mio. Euro getilgt worden. Hier wurden also Schulden im langfristigen Bereich vermindert. Hinzukomme, dass bezogen auf die Umstellung auf NKF in 2008 ein verbessertes Ergebnis zu erwarten sei. Was den Stellenplan angehe, so stehe dieser unter Vorbehalt und werde erst mit einer gewissen Zeitverzögerung realisiert. Dies alles führe zu einer Entlastung in Millionenhöhe. Insofern spreche alles dafür, dass bis zur Ratssitzung über die Verabschiedung des Haushaltes eine durch den Stadtkämmerer veränderte Deckung vorgestellt werden könne.

Ratsmitglied Breite merkt an, dass die angesprochenen Deckungsmöglichkeiten auf dem Prinzip Hoffnung beruhen. Zudem sei es nicht Aufgabe der Verwaltung, die notwendigen Deckungsmöglichkeiten für die Vorschläge aus diesem Gremium aufzuzeigen. Bedingt durch die verbesserte Konjunktur und die Einnahmesituation sei es möglich geworden, frühzeitig aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszukommen. Leider habe man es versäumt, diese zusätzlichen Gestaltungsspielräume zu nutzen und deutlich mehr in den Schuldenabbau zu investieren. Nunmehr zeige sich, dass für 2009 ein Defizit ausgewiesen werde und

nichts mehr zur Verteilung anstehe. Daher verweigere seine Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen diesem Doppelhaushalt die Zustimmung.

Ratsmitglied Frank bemängelt die einseitige Betrachtungsweise. In der Eröffnungsbilanz ständen den Verbindlichkeiten von ca. 2,8 Mrd. Euro, ca. 3,8 Mrd. Euro an Finanzanlagen gegenüber. Insofern müsse auch die tatsächliche Lage der Stadt Köln berücksichtigt werden. Hierdurch solle nichts beschönigt werden, aber es sei erkennbar, dass diese Stadt auf einer soliden Basis stehe. Durch das NKF werde dies erst transparent gemacht. Insofern zeichneten einige Redebeiträge ein katastrophenähnliches Bild, welches nicht der Realität entspreche. Zudem vermisse er bei der FDP-Fraktion eine einheitliche Linie im Zusammenhang mit den in anderen Gremien vorgestellten Ausgabewünschen. Ein Unterschied dazu bestehe im Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, welche konkrete Vorschläge zur Finanzierung dieser Forderungen unterbreite, wobei allerdings mögliche negative Auswirkungen z.B. auf den Wirtschaftsstandort oder die Konkurrenzfähigkeit der Stadt negiert würden.

Ratsmitglied Dr. Müser teilt die Auffassung, dass Köln als Metropole über Potential verfüge und auf einer gesunden Basis stehe. Fraglich sei allerdings, ob dieses Potential hinreichend genutzt werde um etwas Positives zu bewirken. Hier vermisse er konkrete Vorschläge, wie dieses gehoben werden könne. Gleiches gelte für die Frage, weshalb die Stadt Köln nicht in der Lage sei, die Gesamtschulden abzubauen. Hier böten sich erfolgreiche Beispiele bei anderen Kommunen.

Stadtkämmerer Soénius nimmt die bisherige Aussprache zum Anlass, sich bei allen Beteiligten dafür zu bedanken, dass der Haushalt von einer breiten Mehrheit getragen werde. Des Weiteren müsse er klarstellen, dass es keinen nächsten Nothaushalt für die Stadt Köln geben werde, da es auch bisher keinen Nothaushalt gegeben habe. Die Kritik an einer fehlenden Transparenz in diesem NKF-Haushalt müsse er zurückweisen, da dessen Einführung in einer mehrjährigen Pilotphase mit Modellkommunen entwickelt und auch der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Verwaltung habe sich vielmehr deutlich bemüht, den ersten Kölner Haushalt nach NKF mit einer erheblichen Transparenz und Klarheit einzubringen. Was den fehlenden Ausgleich für das Jahr 2009 betreffe, müsse er darauf hinweisen, dass die überwiegende Zahl der Ausgabeansätze, welche die Verwaltung in den Haushalt aufnehme, auf gesetzlichen Vorgaben beruhe. Der Rest beruhe auf kommunalpolitischen Entscheidungen, insbesondere der letzten Jahre. Insofern könne ein Betrag von 87 Mio. Euro nicht ohne weiteres gedeckt werden.

Hinzukomme, dass trotz zunehmender Aufgabenzuwächse bei den Kommunen auf eine auskömmliche Finanzierung verzichtet werde. Die Konsolidierung kommunaler Haushalte erfordere nicht nur, dass die Verwaltung Einsparungen vornehme. Sie erfordere vielmehr ein Zusammenspiel zwischen der Verwaltung und den maßgebenden politischen Kräften. In diesem Zusammenhang erneuere er seinen Dank vom Beginn seiner Ausführungen. Dem Vorbehalt die guten Zeiten nicht auch zu strukturellen Verbesserungen genutzt zu haben, begegnet er mit dem Hinweis auf die in diesem Haushalt enthaltenen Rückstellungen und Abschreibungen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die ergänzenden Erläuterungen des Stadtkämmerers.

Bezüglich der Frage einer auskömmlichen Finanzausstattung zu den übertragenen Aufgaben habe er die volle Unterstützung des Rates der Stadt Köln.

Nach Beendigung der Aussprache über den Haushaltsplan-Entwurf 2008/2009 schlägt der Ausschussvorsitzende eine getrennte Abstimmung über die gemeinsamen Änderungsanträge zum Haushalt vor. Zunächst stellt der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2008 zur Abstimmung:

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme der FDP den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 zum Haushaltsjahr 2008“.

Im Folgenden ruft der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von Fraktionen von CDU, SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsjahr 2009 auf.

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme der FDP den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 zum Haushaltsjahr 2009“.

Dann stellt der Ausschussvorsitzende den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Haushaltsjahre 2008/2009, Bereich Kultur zur Abstimmung.

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme der FDP den „gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 für die Haushaltsjahre 2008/2009, Bereich Kultur“.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende den „Änderungsantrag der Fraktion die Linke.Köln vom 09.06.2008 Haushalt 2008/09“ zur Abstimmung.

Der Finanzausschuss **lehnt** den „Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 09.06.2008 zum Haushalt 2008/09“ einstimmig **ab**.

Im Anschluss findet die Abstimmung über den „gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2008 „ Tarifierhöhung Träger der Wohlfahrtspflege etc.“ statt.

Der Finanzausschuss beschließt:

“Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Auswirkungen der aktuellen Tarifierhöhung auf eine mögliche Erhöhung der städtischen Zuschüsse an die Träger der Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie Träger von Bürgerzentren dem Finanzausschuss und Rat darzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über den geänderten Entwurf der Haushaltsatzung und den Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008/2009 abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2008/2009 gem. dem Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Ablehnung des Eilantrages durch das VG Köln - Az. 4 L 810/08. Sofern das Verwaltungsgericht dem Eilantrag stattgeben sollte, erfolgt die Beschlussfassung vorbehaltlich der erneuten Beteiligung und inhaltsgleichen Beschlussfassung der Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

Anmerkung:

Die Änderungsanträge der Fraktionen sind der Niederschrift als Anlage (Nr. 2 bis 7) beige-fügt.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass noch weitere Beschlussvorschläge der Verwaltung zum Hpl.-Entwurf 2008/2009 vorliegen.

Ratsmitglied Frank beantragt, die vorgeschlagene Anhebung der Wertgrenzen für die erste Freigabe von Einzelmaßnahmen auf 250.000 Euro statt auf 500.000 Euro zu begrenzen.

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden und fasst nachfolgend zum Haushalt 2008/2009 einstimmig die folgenden Beschlüsse:

Der Finanzausschuss **lehnt** die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen **ab**.

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2008/2009 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z.B. Teilplan, falsche Teilplanzeile).

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die Verwaltung die zur sinnvollen Rundung der Gesamthaushaltsvolumina notwendigen Änderungen vornimmt.

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ (s. Anlage) für 2008/2009 gegenüber dem Vorjahr unverändert weiter gilt mit folgender Maßgabe:

a) Anpassung an die neuen Bezeichnungen des NKF und Bereinigung um die nicht mehr benötigten Sachverhalte

b) Anpassung an die veränderten Wertgrenzen:

Anhebung der Wertgrenze für die erste Freigabe von Einzelmaßnahmen auf 250.000 Euro entsprechend der Darstellung im Haushaltsplan.

Anpassung der Wertgrenze für die erste Freigabe neuer Einzelmaßnahmen aus pauscha-

lierten

Auszahlungsansätzen von 50.000 Euro auf 100.000 Euro.

Anmerkung:

Der Text der Zuständigkeitsregelung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 8.).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

9 nicht vergeben

10 nicht vergeben

11 Stellenpläne

**11.1 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2008
5286/2007**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2008 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Jahr 2008
0038/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2008 des Gürzenich-Orchesters Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.3 Stellenplan für die Jahre 2008 / 2009
0056/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2008 / 2009 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

**11.4 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 (Vorlage-Nr.
0056/2008)
1734/2008**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf eine abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und stellt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung als oberem Rahmen im Grundsatz und unter Vorbehalt zu.

Der Vorbehalt bezieht sich auf die durch die Verwaltung für das Jahr 2009 angemeldeten Mehrbedarfe, weil das übliche Prüfverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Die Prüfung der Stellenanmeldungen für das Jahr 2009 ist schnellstmöglich durchzuführen. Die Vorlage der vollständigen und geprüften Stellenplanveränderungen für 2009 soll im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im September 2008 erfolgen.

Die abschließende Beschlussfassung und Freigabe erfolgt anschließend im Finanzausschuss.

Der Vorbehalt schließt eine Umsetzung der im 1. Veränderungsnachweis enthaltenen Maßnahmen bis zur abschließenden Beschlussfassung aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

**11.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamten der Gebäudewirtschaft der
Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2008
0299/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Stellenplanübersicht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einschließlich der für diesen Bereich im Stellenplan der Stadt Köln geführten Stellen für Beamtinnen und Beamte zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

**11.6 Veränderungsnachweis zur Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2008/2009
1656/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt den Veränderungen zur Stellenplanübersicht der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einschließlich der für diesen Bereich im Stellenplan der Stadt Köln geführten Stellen für Beamtinnen und Beamte zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

12 Mündliche Anfragen

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
Rausch
Schriftführer